

Zukunft der Kommunen.
Das Leben der Menschen spielt sich vor Ort ab. Umso wichtiger ist es, hier lebenswerte Umstände zu schaffen. Denn nur so kann das soziale und demokratische Miteinander gestärkt und damit die Zukunft in den Kommunen gesichert werden.



Ansicht

2:17



Liebe Leserin, lieber Leser,

mit Blick auf die angespannte Finanzlage vieler Kommunen in Deutschland wird mancherorts sehr zugespitzt vom »inneren Griechenland« gesprochen. Sicher, die Lage vor Ort ist von Kommune zu Kommune unterschiedlich, und es hilft nicht, alles über einen Kamm zu scheren. Doch klar ist: Es ist den betroffenen Menschen nicht zu erklären, wenn in ihrer Kommune Schwimmbäder schließen müssen, Stadtteilbibliotheken keine Bücher mehr anschaffen können, Mehr- generationenhäuser oder Jugendclubs keine Unterstützung bekommen, aber andererseits die Steuereinnahmen sprudeln und die Immobilien- und Aktienmärkte seit geraumer Zeit wieder boomen. Bund und Länder müssen die Kommunen spürbarer unterstützen. Es darf nicht sein – wie immer wieder geschehen –, dass Bund und Länder etwas beschließen, die betroffenen Kommunen in diese Entscheidungen nicht einbezogen werden, aber dann die Beschlüsse umsetzen müssen. Kommunen verfügen über wenig eigene Einnahmequellen und sind auf Zuweisungen über die Länder angewiesen. Vor diesem Hintergrund verschärft sich das Dilemma der Kommunen womöglich dann, wenn in Bund und Ländern ab 2019 die Schuldenbremse wirksam wird. Inwieweit dann noch Spielraum für sinnvolle Investitionen in die Infrastruktur vor Ort besteht, bleibt sehr ungewiss.

Die lokale Demokratie ist von großer Bedeutung. Als etwa im Sommer 2015 viele Geflüchtete nach Deutschland kamen, wurde deutlich, wie wichtig das Engagement – haupt- wie ehrenamtlich – vor Ort ist. Investitionen in Quartiersentwicklung, Altenhilfe, Jugendarbeit oder Kulturförderung sind unabdingbar für ein vielfältiges Miteinander vor Ort. In diesem Heft diskutieren Expert*innen aus Wissenschaft und Praxis mit ihrem je spezifischen Blick, wie kommunale Arbeit den sozialen Zusammenhalt und die Demokratie vor Ort stärken können. Wir wünschen Ihnen eine ertragreiche Lektüre.

Wolfgang Stadler
Vorsitzender des Vorstands

IMPRESSUM

Herausgeber

AWO Bundesverband e. V.
Blücherstraße 62/63 · 10961 Berlin
Tel 030/26309-0 · Fax 030/26309-32599
info@awo.org · www.awo.org

Redaktion AWO Ansicht

Tel 030/26309-4553 · Fax 030/26309-324553
awo-ansicht@awo.org

Redaktion Brigitte Döcker · Mona Finder
Berit Gründler · Peter Kuleba (v.i.S.d.P.)
Wolfgang Stadler

Konzept und Gestaltung

www.stephanie-roderer.de

Fotografie

Titel, S. 3, 5, 6, 10, 11, 13, 14, 19, 20, 21
AWO Bundesverband · S. 4 AdsD/Fried-
rich-Ebert-Stiftung · S. 7 Aktion Deutsch-
land Hilft/Max Kupfer · S. 16 Holger
Künemund · S. 17 Stefan Bernarding ·
S. 18 Boris Schmidt · S. 19 photopolish
Elke Mühlhoff · S. 22 privat

Die AWO Ansicht wird gefördert aus
Mitteln der Glücksspirale.

Anzeigen

TAG Agentur & Verlag
Tel 06431/2121241 · Fax 06431/2121244
Agentur@Tag-Verlag.de · www.Tag-Verlag.de

Druck

Ulenspiegel Druck GmbH & Co. KG, Andechs
Der Standort hat ein geprüftes Umwelt-
management nach EMAS D-155-00126
Gedruckt auf Arctic Volume white FSC®
mixed credit – GFA-COC-001787



EMAS
geprüftes
Umweltmanagement
D-155-00126





#AWO100

VERBANDSINFORMATION

AWO-Jubiläum naht

Bald ist es so weit: Die AWO wird 100! Und die Vorbereitungen für das Jubiläumsjahr haben begonnen. So wurde bereits Ende des letzten Jahres der gesamte Verband aufgefordert, Mottovorschläge für das Jubiläumsjahr der AWO einzureichen. Nach Sichtung und Diskussion der über 150 eingereichten Vorschläge legte das Präsidium der AWO auf seiner Frühjahrssitzung das Motto »Echt AWO. Seit 1919. Erfahrung für die Zukunft.« fest. Von Januar bis Dezember 2019 werden bundesweit verschiedenste Aktionen durchgeführt. Das Jubiläumsjahr bietet zahlreiche fach- und themenübergreifende Möglichkeiten, über die Geschichte der AWO zu informieren und zu zeigen, welche großartige Arbeit viele Menschen in der AWO tagtäglich leisten – ob im Ehrenamt oder in den Einrichtungen. Im Fokus des Verbandsjubiläums steht der Gründungstag der AWO, der 13. Dezember 2019. An diesem Tag wird der AWO Bundesverband einen zentralen Festakt in Berlin veranstalten. Eingefasst wird der Festakt von einer außerordentlichen Bundeskonferenz, die insbesondere die Verabschiedung des Grundsatzensprogramms zum Schwerpunkt haben wird.

➔ Berit Gründler, Tel 030/26309445
berit.gruendler@awo.org

VERBANDSINFORMATION

Marie-Juchacz-Denkmal
am historischen Ort

Von 1919 bis 1933 hatte der Hauptausschuss für Arbeiterwohlfahrt seine Geschäftsstelle innerhalb des großen Gebäudekomplexes des SPD-Partei Vorstandes und weiterer seiner Umfeldorganisationen (z.B. des »Vorwärts«) im Areal der Berliner Lindenstraße 2-4. Das Areal des sogenannten »Lindenhofes« wuchs von 1906 bis 1925 auf ca. 27.000 Quadratmeter an und erstreckte sich in einem Dreieck zwischen Lindenstraße und der Alten Jakobstraße bis zum Belle-Alliance-Platz (heute Mehringplatz), wo ab 1928 auch die Wohlfahrtsschule der AWO ihren Sitz hatte. Die Geschäftsstelle und der gesamte Gebäudekomplex wurde am 12. Mai 1933 von Nationalsozialisten besetzt, leitende Angestellte erhielten umgehend Hausverbot. Weil das Gebäudeensemble starke Kriegsschäden davontrug, wurde es abgerissen. Die Marie-Juchacz-Stiftung der AWO wird in unmittelbarer Nähe des historischen Standorts am Kreuzberger Mehringplatz ein Denkmal für die Verbandsgründerin Marie Juchacz errichten und die Geschichte der AWO im Berliner Stadtbild somit wieder präsent machen.

HISTORISCHES PORTRÄT

Robert Görlinger
1888–1954

Robert Görlinger stammte aus Ensheim in der Pfalz, seine ganze Liebe gehörte jedoch der Stadt Köln. 1919 wurde er dort zum Stadtverordneten gewählt. Von 1923 an führte Robert Görlinger die Geschäfte der Arbeiterwohlfahrt in Köln, und seit 1929 leitete er ein Spezialbüro für Lotterien beim Hauptausschuss der Arbeiterwohlfahrt. Seit 1945 gehörte Robert Görlinger dem Parteivorstand der SPD an und war von 1946 bis 1949 Vorsitzender des Hauptausschusses der Arbeiterwohlfahrt; er wurde Mitglied des Zonenbeirates, des Landtages Nordrhein-Westfalen und des Bundestages. Bis zu seinem Tod war er Bürgermeister, zwei Jahre davon Oberbürgermeister von Köln.

➔ Weitere Informationen
im Historischen Archiv der AWO
www.awo-historie.org





ECHTES ENGAGEMENT.
ECHE VIELFALT.
ECHT AWO.

VERBANDSINFORMATION

AWO-Aktionswoche 2017

Als Trägerin sozialer Einrichtungen bietet die AWO vielfältige soziale Dienstleistungen vor Ort. Vom Jugendclub über die Pflegeeinrichtung bis zur Kita ist sie deshalb im Alltag vieler Menschen in Deutschland präsent. Fast noch wichtiger, vor allem aber kaum zu ersetzen, ist das Engagement vieler Hunderttausender Freiwilliger, die sich bei oder in der AWO unentgeltlich für andere einsetzen und ihre Ressourcen spenden – seien es Geld, Zeit oder Talente.

Die AWO würdigt diesen besonderen Einsatz einmal im Jahr mit ihrer Aktionswoche. Unter dem Motto »Echtes Engagement. Echte Vielfalt. Echt AWO.« öffnen AWO-Einrichtungen in ganz Deutschland seit 2015 jeweils sieben Tage lang ihre Türen und laden zu Festen und Aktionen ein, die größtenteils von Ehren- und Hauptamt gemeinsam angeboten werden. Allen Aktivitäten gemeinsam ist, dass sie zeigen, wie vielfältig Menschen sich unter dem Dach der AWO füreinander einsetzen. Denn neben dem klassischen Ehrenamt in einer formalisierten Mitgliedschaft gibt es immer (mehr) Menschen, die sich konstant, aber informeller beim Verband engagieren. Oft lernen sie die AWO kennen, weil einer ihrer Dienste für den eigenen Lebensalltag Bedeutung gewinnt – sei es die AWO-Kita, in der die eigenen Kinder betreut werden, oder auch die Senior*inneneinrichtung für pflegebedürftige Angehörige.

Eine von diesen Menschen ist zum Beispiel Mandy Rose. Für ihre zwei Kinder wählten sie und ihr Partner die AWO-Kita Kinderhaus Abenteuerland. Weil Kinder und Eltern sich in der Kita gut aufgehoben fühlten und vom Konzept überzeugt waren, bietet Familie Rose immer wieder helfende Hände an: Sie spenden Spielzeug, machen die Blumenbeete schön oder helfen beim Pfannkuchenbacken. In diesem Jahr waren Mandy, Kita-Leiterin Caro Schössler und Sohn Pepe deshalb mit großer Begeisterung die »Botschafter*innen« der AWO-Aktionswoche.

➔ Mehr zur Aktionswoche unter www.echt-awo.org
Jennifer Rotter, Tel 030/26309218, jennifer.rotter@awo.org



AWO-Bundesvorsitzender Wolfgang Stadler (r.), der Geschäftsführer der AWO in Berlin-Mitte Jürgen Nowak (l.) und die Kita-Leiterin Sabine Derwenskus-Böhm (2.v.l.) begrüßten den Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Ralf Kleindiek, in der AWO-Kita Maulwurf in Berlin.

KLIMASCHUTZ

CO₂-Fußabdruck für Kitas startet

Gemeinsam mit der Viabono GmbH hat die AWO in den vergangenen zwei Jahren den CO₂-Fußabdruck für Kindertagesstätten und stationäre Pflegeeinrichtungen entwickelt. Ein Instrument, das den Einrichtungen dabei helfen soll, die richtigen Maßnahmen für den Klimaschutz in ihren Häusern zu identifizieren und umzusetzen. In diesen Tagen beginnt nun die Erfassung der Daten für das Jahr 2016. AWO-Kitas und stationäre Pflegeeinrichtungen der AWO sind eingeladen, sich daran zu beteiligen. Dabei haben die Einrichtungen zunächst rund drei Monate Zeit, die für sie relevanten Daten zusammenzutragen und in einen Online-Fragebogen einzupflegen. Anschließend erfolgt durch Viabono eine detaillierte Auswertung sowie ein umfassender Benchmark. Für jede Einrichtung werden dabei u.a. die folgenden Informationen bereitgestellt:

Jährliche CO₂-Emission pro Betreuungs-/Pflegeplatz, Verteilung der Emissionen nach Quellen, Energieverbrauch pro Betreuungsplatz, Vergleich aller Kennzahlen mit dem AWO-Durchschnitt sowie den klimafreundlichsten AWO-Einrichtungen (»Top-Runner«), Ranking in sogenannten »Klimaeffizienzklassen«.

Alle Ergebnisse werden schriftlich aufbereitet und den Einrichtungen zusammen mit einem Zertifikat zur Verfügung gestellt.

➔ Steffen Lembke, Tel 030/26309240
steffen.lembke@awo.org

KINDER

Tag der Kinderbetreuung

Anlässlich des Tages der Kinderbetreuung im Mai dieses Jahres besuchten der Staatssekretär im Bundesfamilienministerium Ralf Kleindiek und der AWO-Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler eine Kita in Berlin-Mitte. Die Rahmenbedingungen der Arbeit in Kindertageseinrichtungen sind häufig schwierig. Die größte Herausforderung im Kita-Alltag stellt dabei der Personalmangel bzw. der vielerorts zu schlechte Personalschlüssel dar. Deshalb begrüßt der AWO-Bundesvorsitzende, dass sich Bund und Länder bereits 2016 auf gemeinsame Schritte zur Verbesserung der Betreuungsqualität verständigt haben, erklärt aber: »Wir erwarten nun weitere konkrete Maßnahmen.« Grundsätzlich sieht Stadler jedoch eine überaus positive Entwicklung der Bedeutung des Themenfeldes Kita: »Besuche wie der heutige bestärken uns in unserem langjährigen Engagement für eine bessere Betreuungsqualität. Bund und Länder müssen den eingeschlagenen Weg hin zu einheitlichen gesetzlichen Qualitätsstandards konsequent weitergehen. Gerade weil die Arbeit von Erzieherinnen und Erziehern so wichtig ist, müssen wir sie unterstützen, indem wir ihre Arbeitsbedingungen verbessern und sie besser vergüten«, fordert Stadler.

➔ Matthias Ritter-Engel, Tel 030/26309170
matthias.ritter-engel@awo.org

ARMUT

Studie der AWO



Wer arm ist, keinen Job hat und in Schwierigkeiten steckt, wird als nutzlos, wertlos und ineffizient deklariert. Die Menschen scheinen an ihrer Situation selbst schuld zu sein. Diese Sicht grassiert – und sie trifft betroffene Menschen hart. Jemand, der*die in Armut lebt, wird nicht nur von der Gesellschaft stigmatisiert und ausgegrenzt, sondern muss gleichzeitig jeden Cent zweimal umdrehen, um mit den geringen finanziellen Ressourcen auszukommen. Die Menschen haben kaum bis gar keine Mittel, um am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, und zu guter Letzt werden sie häufiger krank und haben im Durchschnitt eine kürzere Lebenserwartung. Die AWO veröffentlicht eine umfassende Analyse mit dem Titel: »Selber schuld? Analyse der AWO von strukturellen und institutionellen Armutsursachen«.

➔ Sophie Schwab, Tel 030/26309206, sophie.schwab@awo.org
Die Analyse finden Sie unter www.awo.org



HELFEN SIE!

Die Menschen in Uganda erleiden durch Dürre und kriegerische Konflikte Hungersnöte.

 Spendenkonto AWO International e. V.
Stichwort: »Hunger in Afrika«
IBAN: DE83 1002 0500 0003 2211 00
BIC: BFSWDE33BER

AWO INTERNATIONAL

Hilfe für Geflüchtete in Uganda

Die Lage in vielen Regionen in Ost- und Zentralafrika ist dramatisch: Bis zu 23 Millionen Menschen sind aufgrund einer anhaltenden Dürre und kriegerischer Konflikte von einer Hungersnot bedroht. AWO International ruft zu Spenden auf und unterstützt südsudanesischen Flüchtlinge in Flüchtlingslagern in Uganda nahe der Grenze. In den Flüchtlings-siedlungen Maaji, Agojo, Mungula und Pagirinya im Adjumani-Distrikt erhalten Kinder und Jugendliche Schulmahlzeiten mit dem Ziel, die Ernährung zu sichern und einen Anreiz zu schaffen, dass eine größere Zahl der geflüchteten Kinder und Jugendlichen zur Schule geht. Zudem werden Hygienemaßnahmen in den Siedlungen durchgeführt, um Erkrankungen vorzubeugen. Insgesamt werden über 25.000 Kinder unterstützt.

 mail@awointernational.de, www.awointernational.de

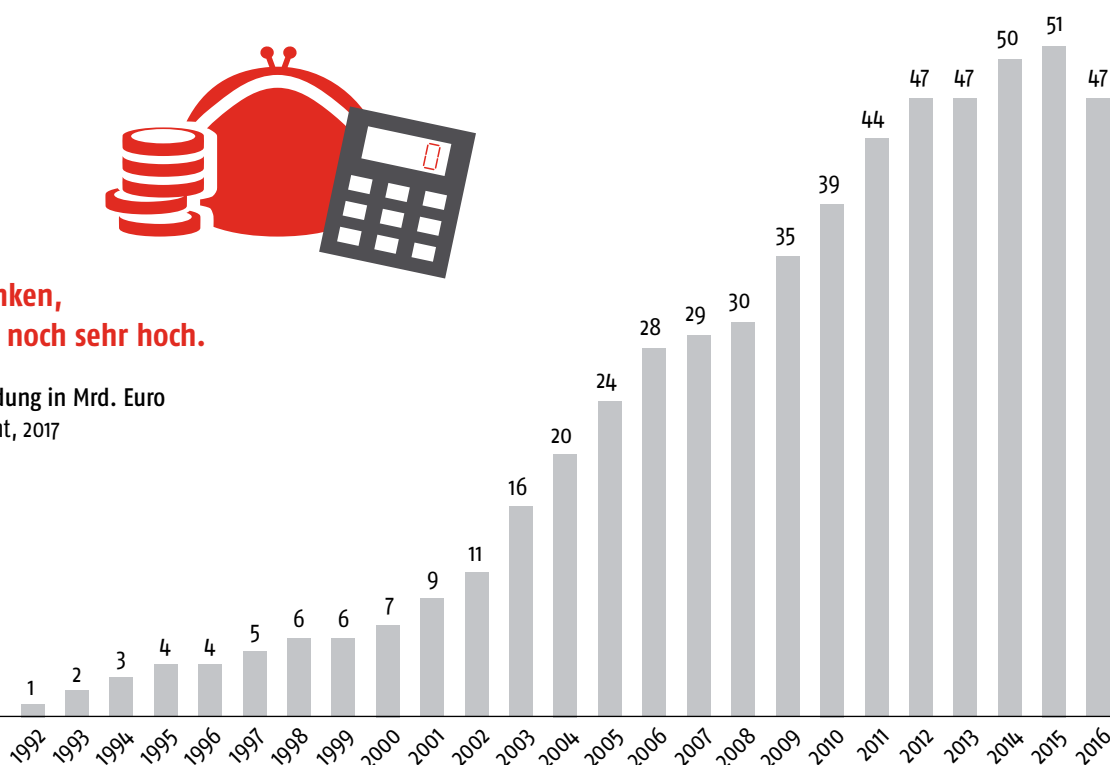
Finanzlage der Kommunen

Die Finanzlage der Kommunen ist von Bundesland zu Bundesland und von Region zu Region verschieden. Dennoch lassen sich allgemeine Entwicklungen verfolgen, die etwas über die generelle Finanzkraft aussagen. So hilft ein vorsichtiger Blick auf die Kassenkredite und die Investitionsrückstände. Kassenkredite nehmen Kommunen immer dann in geringem Umfang auf, um jene Ausgaben zeitgerecht leisten zu können, deren entsprechende Einnahmen erst Tage, Wochen oder Monate später der Kommune zufließen. Kassenkredite fließen nicht in zukunftssträchtige Investitionen. 2015 beliefen sich diese Kredite bereits auf etwa 50 Milliarden Euro (1992 eine Milliarde). Immer mehr Kommunen können die aufgenommenen Kassenkredite nicht tilgen und nehmen wiederum zusätzliche Kassenkredite auf, um Defizite zu decken. Inzwischen haben sich die hohen und stetig steigenden Kassenkredite zu einem ernsthaften Problem und zu einer Gefahr für die Kommunal финанzen entwickelt. Trotz derzeit guter Konjunktur und bundesweiter Finanzierungsüberschüsse beliefen sich die Investitionsrückstände der Kommunen immer noch auf 126 Milliarden Euro (10 Milliarden weniger als 2015). Dennoch sind die Rückstände mit Blick auf die kommunalen Kernaufgaben etwa bei den Bildungseinrichtungen und der Straßen- und Verkehrsinfrastruktur für viele Kommunen spürbar. Mit Blick auf die Schuldenbremse ab 2019 lassen die Zahlen nichts Gutes erwarten. Jenseits aller Fragen der Schuldentilgung sollte klar sein: Kommunen benötigen kontinuierliche finanzielle Unterstützung von Bund und Ländern, um zukunftstaugliche Investitionen für ein lebenswertes Miteinander zu tätigen. ❤️



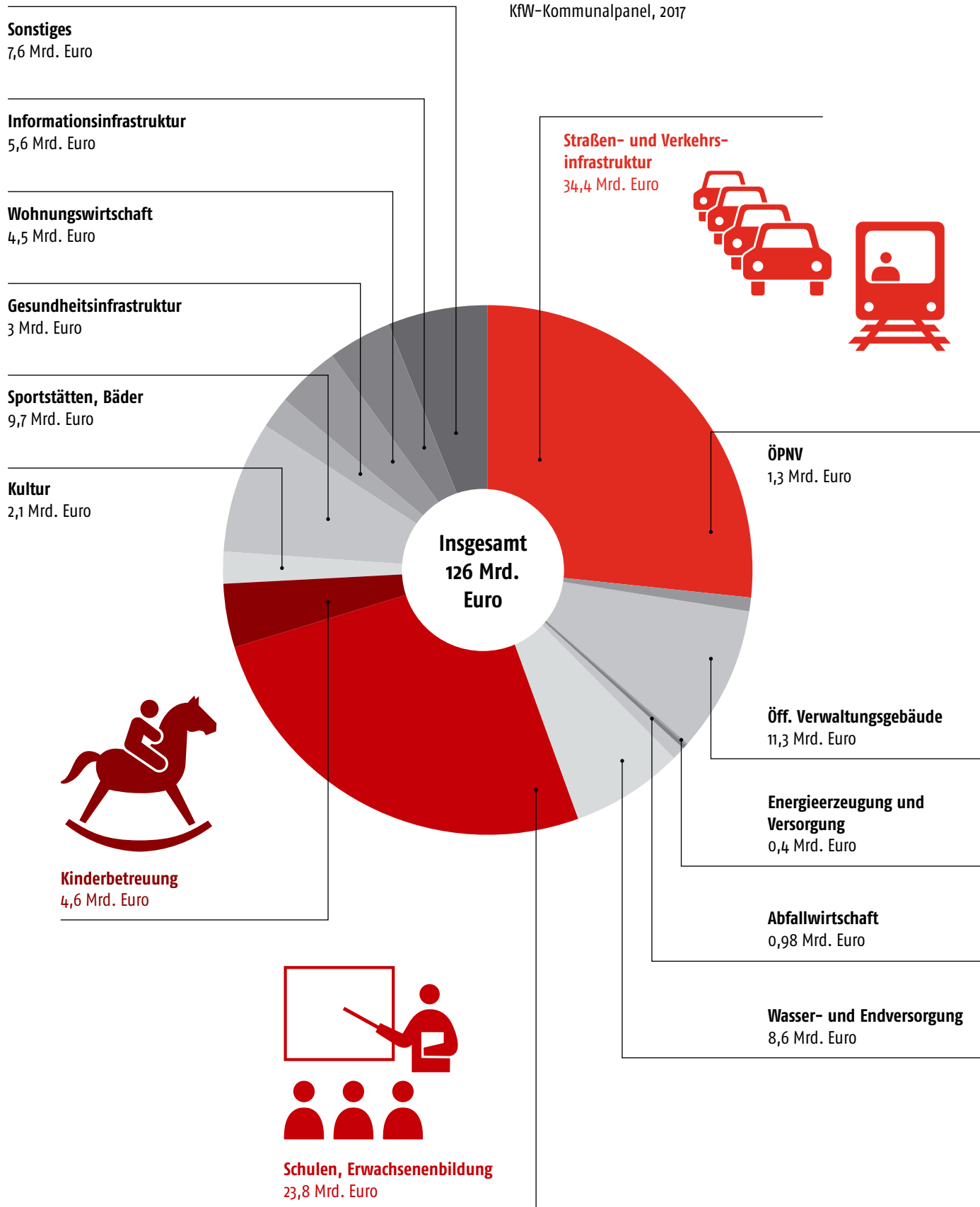
**Kassenkredite sinken,
sind aber immer noch sehr hoch.**

Kommunale Verschuldung in Mrd. Euro
Statistisches Bundesamt, 2017



Größte Investitionsbedarfe bleiben (trotz hoher Investitionen in diesen Bereichen) bei Straßen/Verkehr (34 Mrd. Euro) sowie Schule/ Bildung (33 Mrd. Euro) bestehen.

Wahrgenommener kommunaler Investitionsrückstand
KfW-Kommunalpanel, 2017



Spracherwerb ist wichtig, kann und darf aber nicht alles sein, um die Integration von geflüchteten Menschen zu befördern. Genauso wichtig sind Begegnungen im Arbeitsalltag oder im täglichen Kiezleben.



über
330.000

Mitglieder der AWO
engagieren sich für ein
soziales Miteinander
vor Ort.

»Die Pflegenden sichern Lebensqualität und ein würdevolles Altern von kranken sowie hilfe- und pflegebedürftigen Menschen. Damit dies so bleibt, fordert die AWO bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen und eine deutlich bessere Personalausstattung.«

Brigitte Döcker,
Mitglied des Vorstands





»Als Träger von 2.500 Kitas wissen wir, dass von den Erzieherinnen und Erziehern viel erwartet wird. Ihre Aufgaben sind in den letzten Jahren immer komplexer und anspruchsvoller geworden, doch ich weiß, dass unsere Fachkräfte einen großartigen Job machen.«

Wolfgang Stadler,
AWO-Bundesvorsitzender

In der Kommune spielt das Leben

Die Versorgungsstrukturen vor Ort müssen so gestaltet sein, dass alle Menschen die Möglichkeit auf soziale und demokratische Teilhabe haben. Vorschläge und Hinweise zur Umsetzung im Themenschwerpunkt dieses Heftes.



Über
65.000
Menschen in Deutschland
engagieren sich
ehrenamtlich bei
der AWO.

Starkes Miteinander – starke Kommunen

Als Keimzelle der Demokratie und Ort der Daseinsvorsorge spielen die Kommunen eine herausragende Rolle. Neben vielen notwendigen Aufgaben sind die Fragen der angemessenen Kinderbetreuung und zukunftsgerechten Altenhilfe für das zukünftige Leben der Menschen vor Ort bedeutsam.

AUTOR*INNEN BRIGITTE DÖCKER, MATTHIAS RITTER-ENGEL, PETER KULEBA

»Keine Demokratie, kein modernes Staatswesen ohne starke Kommunen«, so Sabine Kuhlmann im Interview des vorliegenden Heftes. Damit ist vieles auf den Punkt gebracht. Dies wird mit Blick auf die finanzielle Ausstattung der Kommunen jedoch nicht immer so gesehen. Es fällt umso stärker ins Gewicht, wenn den Kommunen Aufgaben von Bund oder Ländern übertragen werden, die entsprechende Gegenfinanzierung aber nur halbherzig erfolgt.

Beispiel Kinderbetreuung

Die Politik hat auf die wachsende Nachfrage nach Betreuungsplätzen reagiert und den Ausbau von Kitas und Kindertagespflege gezielt vorangetrieben. Das ist gut und muss immer noch weiter konsequent vorangetrieben werden. Aber auch die Weiterentwicklung der Qualität in der Betreuung muss in der öffentlichen Diskussion und der Politik eine größere Rolle spielen. Nur so kann dem Grundsatz entsprochen werden, wonach jedes Kind ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit hat. Die AWO plädiert seit geraumer Zeit für die Einführung eines Bundesqualitätsgesetzes für Kitas. Dies ist rechtlich auch möglich, wie ein Gutachten von Joachim Wieland (beauftragt von AWO, Caritas und GEW) von der Universität für Verwaltungsrecht Speyer belegt. Grundtenor der Argumentation: Eine bundesgesetzliche Regelung ist erforderlich, um gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen sowie die Rechts- und Wirtschaftseinheit in Deutschland zu wahren. Rechtlich ist also damit der Weg frei für ein Bundesqualitätsgesetz. Nun ist der politische

Wille von Bund, Ländern und Kommunen zur Umsetzung erforderlich, um die Qualität in den Kindertageseinrichtungen anzuheben. Dazu gehören eine bessere Fachkraft-Kind-Relation, ausreichende Vor- und Nachbereitungszeit für pädagogische Fachkräfte, hinreichende Freistellung von Kita-Leitungen sowie Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen. Frühkindliche Betreuungsangebote legen den Grundstein für eine erfolgreiche Integration. Für die finanzielle Absicherung entsprechender Qualitätsstandards müssen Bund, Länder und Kommunen an einem Strang ziehen. Grundvoraussetzung für bessere Rahmenbedingungen ist die Bereitschaft des Bundes, sich dauer- und regelmäßig an der Finanzierung der Kindertagesbetreuung zu beteiligen. Aktuell verhandeln Bund und Länder über die Eckpunkte für ein Qualitätsentwicklungsgesetz. Dieser Weg muss konsequent beschritten werden.

Altenhilfe als Pflichtaufgabe der Kommunen

Im November 2016 wurde der 7. Altenbericht »Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften« veröffentlicht. Der Bericht hat noch einmal verdeutlicht: Das Gros der Menschen möchte zu Hause alt werden und sterben. Dies bedeutet allerdings für alle verantwortlichen Akteure vor Ort eine große Herausforderung. Den Kommunen kommt hierbei eine wichtige Steuerungs- und Koordinationsrolle zu. Sie sollten die Datenanalysen zur Entwicklung der Wohnbevölkerung zur dringend notwendigen Versorgungsplanung und Regieführung für eine Versorgung durch die Akteure übernehmen; ebenso die Organisation von Vernetzungsgremien. Kommunen sind in ihrer Unabhängigkeit und aufgrund ihrer Verantwortung für die Daseinsvorsorge prädestiniert dafür, die Leistungserbringer und Teile der Zivilgesellschaft über verbindliche Strukturen in die Richtung der Versorgung aus einer Hand zu koordinieren.

Für die AWO ist klar: Die Altenhilfe muss zu einer gesetzlich definierten Pflichtaufgabe der Kommunen werden. Geradezu kontraproduktiv wirkt dabei allerdings die den Kommunen über das Pflege-



über
210.000

Menschen arbeiten
bundesweit in Diensten
und Einrichtungen
der AWO.



stärkungsgesetz III (PSG III) zugewiesene Aufgabe zur Umsetzung der Beratung von Pflegebedürftigen und deren Angehörigen. Man kann Kommunen nur raten, sich aus dem Leistungsgeschehen herauszuhalten. Sie sollten ihre Aufgabe vielmehr darin sehen, eine bedarfsgerechte Versorgungsplanung zu erarbeiten und diese mit den Leistungserbringern gut zu koordinieren. Auch empfiehlt es sich, gemeinsam mit den Akteuren die Qualität der Versorgung zu sichern und alle Angebote so bekannt zu machen, dass die Menschen sie nutzen können.

Keimzelle für Engagement

Die Herausforderungen zeitgemäßer Kommunalarbeit sind zahlreich und vielfältig. Eine große Bedeutung spielt ganz sicher auch das bürgerschaftliche Engagement. Es ist eine wesentliche Keimzelle für eine vitale Demokratie vor Ort. Erforderlich sind Rahmenbedingungen der politisch Verantwortlichen, der Vereine, Initiativen und Verbände, um engagementbereite Menschen entsprechend zu unterstützen. Dies ist sowohl für ein soziales Miteinander wie auch im selbstbewussten Kampf gegen Demokratiefeind*innen, die ihr Unwesen immer öfter treiben, von größter Relevanz. ❤️



**Auf nur 5,2 Prozent
beläuft sich der Anteil an
Männern, die beruflich in der
Kindertagesbetreuung tätig sind.
Wenn Kinder in der Kita die
Vielfalt der Welt kennenlernen
sollen, gehören dazu auch
Frauen und Männer.**

➔ AWO Bundesverband e.V. • Tel 030/263090
awo-ansicht@awo.org

Darum sind Kommunen unverzichtbar

Die Politik- und Verwaltungswissenschaftlerin Sabine Kuhlmann im Interview mit der AWO Ansicht zu den Aufgaben und Herausforderungen für die Kommunen in Deutschland.

INTERVIEW PETER KULEBA



Eine funktionierende soziale Infrastruktur im Quartier – von Kindertagesstätten über Beratungseinrichtungen bis hin zu Seniorenzentren – ist unabdingbar für das soziale Miteinander in Deutschland.

Frau Professor Kuhlmann, was sind eigentlich Kommunen?

KUHLMANN Kommunen sind die Institutionen kommunaler Selbstverwaltung in Deutschland. Sie sind verfassungsrechtlich geschützt durch Artikel 28,2 des Grundgesetzes, wo das Recht auf kommunale Selbstverwaltung festgeschrieben steht. Kommunen sind ebenso wichtige Instanzen für eine ortsnahe und problemnahe politische Willensbildung für die Bürger, um Mitwirkungsmöglichkeiten direkt vor Ort zu ermöglichen. Zugleich sind sie aber auch Instanzen der öffentlichen Leistungserbringung. Kurzum: Kommunen verbinden eine politisch-demokratische Rolle einerseits und eine administrative, institutionelle Rolle der Leistungserbringung und Serviceerbringung für die Bürgerinnen und Bürger andererseits.

Kommunen sind als Institution unverzichtbar. Nicht umsonst gibt es weltweit die ungebrochene Tendenz, sich starke Kommunen zu schaffen und die dezentrale Ebene zu stärken beziehungsweise überhaupt erst einmal zu etablieren. Ausnahmen wie Russland oder Ungarn, wo derzeit die Kommunen entmachtet werden, gibt es auch. Aber die Grundformel könnte lauten: Keine Demokratie, kein modernes Staatswesen ohne starke Kommunen.

Was sind die Gründe, warum es zu einer Finanznot in zahlreichen Kommunen kommen konnte?

KUHLMANN Die Gründe sind regional unterschiedlich. Derzeit haben wir eine Phase, in der die Not mancherorts nicht mehr so groß ist. Die Finanzlage der Kommunen hat sich durchaus stabilisiert in den letzten Jahren. Es gab aber schon andere Zeiten mit Auswirkungen bis in die Gegenwart. In Nordrhein-Westfalen oder auch in Rheinland-Pfalz etwa gibt es Gebiete mit hoher Überschuldung. Dies ist insbesondere ablesbar an den Kassenkrediten, die kontinuierlich steigen.

Was sind Kassenkredite?

KUHLMANN Es ist eine Art der Notverschuldung. Es sind keine Investitionskredite für Investitionen in die Zukunft. Die Kassenkredite sind aus der Not heraus laufende Verschuldungen, um den laufenden Betrieb zu finanzieren. Es ist überhaupt nicht intendiert, dass die Kommunen sich so finanzieren sollen.

Aber es muss doch Gründe geben, warum die Betroffenen so handeln?

KUHMANN Ja. In strukturschwachen Gebieten mit hohen sozioökonomischen Problemen etwa ist die Tendenz größer, sich zu verschulden. Zugleich gibt es auch hausgemachte Probleme. Das heißt: Kommunalpolitiker haben einfach kein Auge auf ihre Haushalte.

Ab 2019 greift die Schuldenbremse. Was verbirgt sich hinter der Schuldenbremse und welche Auswirkungen kann und wird sie auf die Arbeit von Kommunen haben?

KUHMANN Die Länder dürfen ab 2019 keine neuen Schulden mehr aufnehmen. Das heißt, sie dürfen sich nicht weiter verschulden, müssen aber möglicherweise bestimmte Ausgaben weiterhin tätigen. Die Länder könnten sich im Umgang mit den neuen Restriktionen versucht sehen – so die große Befürchtung der Kommunen –, ausgabenintensive Bereiche weiter abzugeben, ohne die entsprechende oder ausreichende Finanzierung zu leisten.

Kommunen haben Pflichtaufgaben, die ihnen zugewiesen worden sind, und freiwillige Aufgaben. Bei jenen Kommunen, denen es finanziell nicht so gut geht, existiert die Befürchtung, dass die freiwilligen Aufgaben nicht mehr geleistet werden können. Ist das eine reale Befürchtung?

KUHMANN Das ist ja nicht nur eine Befürchtung; das ist ja schon längst passiert.

Zum Beispiel?

KUHMANN Indem Schwimmbäder geschlossen werden; indem Kultureinrichtungen geschlossen werden. Ich will nicht sagen, dass das ein Flächenbrand war, und sicher gibt es regionale Spezifitäten. Aber klar ist: Die freiwilligen Aufgaben fallen weg, wenn es enormen fiskalischen Druck gibt.

Mancherorts übernehmen Bürger*innen kaum mehr politische Ämter, sei es ehrenamtlich oder hauptamtlich. Was kann und sollte getan werden, um die politische Gemeinwesenarbeit vor Ort wieder zu stärken?

KUHMANN In kleinen Kommunen, wo im Prinzip gar keine Kapazität existiert, um Aufgaben zu erledigen, da macht es gegebenenfalls weniger Spaß, im Gemeinderat zu sitzen. Sprich: Ich könnte Ehrenämter vielleicht dadurch attraktiver machen, indem ich größere Strukturen im Zuge von Gemeindegebietsreformen schaffe und dann dafür Sorge, dass in diesen Strukturen Ämter auch tatsächlich Funktionen haben. Sprich: Kommunalpolitik attraktiver

machen, indem ich bedeutsamere kommunalpolitische Entscheidungssachverhalte habe, um so ehrenamtliche Politik attraktiver zu machen.

Was könnte noch getan werden?

KUHMANN Wenn man die Autonomie von Kommunen wirklich stärkt, wird Kommunalpolitik auch wieder attraktiver. Das sehen wir an Schweden und der Schweiz. Das sind Länder, in denen die Kommunen mit die höchste Autonomie in Europa haben. Da ist viel an Partizipation.

Welche Rolle spielen und welche Rolle sollten Wohlfahrtsverbände weiterhin in den Kommunen spielen?

KUHMANN In Deutschland haben wir die Besonderheit – Stichwort Subsidiaritätsprinzip –, dass die sozialen und wohlfahrtsstaatlichen Aufgaben zu einem großen Teil lokal erbracht werden. Sie sollen jedoch, wenn irgend möglich, nicht durch die Kommunen als öffentliche Institution getätigt, sondern den freien Trägern überlassen werden. In dieser deutschen Tradition sind die Wohlfahrtsverbände natürlich ganz wichtig. Das unterscheidet uns zum Beispiel von Schweden, wo es tatsächlich die Kommunen sind, die den Großteil der Wohlfahrtsaufgaben selbst erbringen. ❤️

PROF. DR. SABINE KUHMANN

Prof. Dr. Sabine Kuhlmann ist Inhaberin des Lehrstuhls für »Politikwissenschaft, Verwaltung und Organisation II« an der Universität Potsdam.

✉️ sabine.kuhlmann@uni-potsdam.de

Migranten Mischen Mit MMM

Die Gruppe »Migranten Mischen Mit (MMM)« der AWO in Lippstadt leistet seit drei Generationen vorbildliche Migrationsarbeit. Im Mittelpunkt steht immer die Teilhabe der Migrant*innen am gesellschaftspolitischen Alltag vor Ort.

AUTORIN BEA GEISEN

Innerhalb der Gruppe »Migranten Mischen Mit (MMM)« finden sich junge Menschen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren aus den unterschiedlichsten Herkunftsländern zusammen. Die Idee, aktiv zu werden, liegt vor allem im Migrationshintergrund der Teilnehmer*innen selbst. Sprich: In der Vergangenheit hatten die Betroffenen alltägliche Schwierigkeiten als Migrant*innen/Einwander*innen, die sie bewältigen mussten. Diese Erfahrungen wollen sie weitergeben und sind Impuls für Engagement.

Politische Bildung

Ziel der Gruppe ist es, sich mit politischen und gesellschaftlichen Themen wie Rassismus, Antisemitismus, Demokratie, Toleranz und Stärkung der Partizipation junger Migrant*innen an politischen Entscheidungsprozessen auseinanderzusetzen. Die Gruppe wird von einer Mitarbeiterin des Jugendmigrationsdienstes (JMD) begleitet und unterstützt und trifft sich jeden Montag in den Räumlichkeiten des JMD der AWO in Lippstadt, um ihre Aktionen und Projekte zu planen. Beispielfhaft können hier nur die wesentlichen genannt werden:

- Aktionen zum Internationalen Tag gegen Rassismus
- Teilnahme am bundesweiten Jugendkongress vom Bündnis für Demokratie und Toleranz in Berlin
- Bildungsfahrt zum Thema Einwanderung und Integrationsangebote in Schweden
- Bildungsfahrt nach Krakau und Auschwitz
- Gedenkveranstaltungen zur Reichspogromnacht
- Aktionen und Demos zum Thema »Abschiebung von Flüchtlingen«



In Ergänzung zu der Ausstellung des Projektes »Flüchtlingen ein Gesicht geben« gibt es seit September 2016 auch ein Bühnenstück. Für das Projekt wurden Jugendliche zu ihrem Leben in ihrer Heimat, auf und nach ihrer Flucht interviewt. Mit der Ausstellung und dem Bühnenprogramm sollen die Geschichten hinter den Menschen präsentiert werden. Fotoausstellung und Bühnenaufführung sind ein großer Erfolg. Anfang Mai 2017 wurde das Projekt durch das »Bündnis für Demokratie und Toleranz« mit dem 1. Preis ausgezeichnet.

- Fragebogenaktionen zum Leben von jungen Migrant*innen in Lippstadt
- Präsentation innerhalb von Gremien wie der AG §78 KJHG, dem Jugendhilfeausschuss und dem Integrationsrat
- Ausstellung und Bühnenprogramm zum Thema »Flüchtlingen ein Gesicht geben«

Eigene Ideen umsetzen

Im Rahmen aller Aktionen wird so ein Bewusstsein dafür entwickelt, wie jugendliche Migrant*innen ihre Interessen und Problemlagen in politische Entscheidungsprozesse einbringen und die Gestaltung ihrer Lebenswelt beeinflussen können. Den Teilnehmer*innen werden Kenntnisse vermittelt, die zur Partizipation an politischen Entscheidungsprozessen notwendig sind, um die effektive Mitgestaltung des gesellschaftlichen Lebens zu ermöglichen. Die Aussicht auf Realisierung eigener Ideen schafft Anreize, um aktiv zu werden und sich politisch zu engagieren. Dabei beginnt die Beteiligung in der Kommune, hat aber immer auch die Politik auf Kreis-, Landes-, Bundesebene und der EU im Blick. ❤️

➔ AWO UB Hochsauerland/Soest, Jugendmigrationsdienst, Klusetor 9, 59555 Lippstadt, www.powerpolitik.de

Wo das Herz eine Heimat findet

Im Quartiersprojekt »Zu Hause in Molschd« der AWO Saarland in Saarbrücken treffen sich Alt und Jung. Es ist ein Projekt, um voneinander zu lernen, für Senior*innen aus dem Quartier und Kinder der benachbarten Ganztagsgrundschule.

AUTORIN SUSANNE HOHLFELD-HEINRICH



**Alt trifft Jung:
Senior*innen aus dem
Quartier in Molschd und
Kinder der benachbarten
Ganztagsgrundschule
lernen voneinander.**

Zentrum des Quartiersprojekts »Zu Hause in Molschd« ist das AWO-Seniorenzentrum Johanna-Kirchner-Haus in Malstatt (umgangssprachlich »Molschd«). Der zweitgrößte Stadtteil der Landeshauptstadt Saarbrücken ist geprägt von Eigenheimen aus den 1950er- und 1960er-Jahren sowie Siedlungswohnungen einer gemeinnützigen Immobiliengesellschaft. Seit Juli 2014 wird hier die ambulante Versorgung insbesondere für ältere Menschen sozialraumorientiert weiterentwickelt, damit ein langes Wohnen in der gewohnten Umgebung für die Betroffenen möglich ist. Dazu wurde mit dem Quartiersbüro im Johanna-Kirchner-Haus eine zentrale Anlaufstelle als Begegnungsort mit einem generationsübergreifenden Bürgernetzwerk und einer Stadtteillotsin etabliert. Die Lotsin hat die Belange der Bewohner*innen im Blick und bietet Beratung, Hausbesuche bei Fragen im Alltag oder etwa Unter-

stützung bei Anträgen an. Darüber hinaus fördert sie den Dialog und die Vernetzung zwischen allen Alters- und Bevölkerungsgruppen im Quartier. Gemeinsam mit Bewohner*innen, dem Seniorenbeirat der Landeshauptstadt Saarbrücken und verschiedenen Institutionen ist die Gründung des »Molschder Forums«, einer Art Bürgerrat, gelungen. Regelmäßig finden verschiedene Gruppenangebote wie »Alt trifft Jung«, Stadtteilspaziergang »Barrierefreies Molschd«, interkulturelle Gruppe »Vielfalt gestalten« und Veranstaltungen wie »Alle(s) in Bewegung – Molschd tanzt« statt. Die Bewohner*innen engagieren sich inzwischen vielfältig vor Ort und nehmen Einfluss auf die Gestaltung in ihrem Stadtviertel. Durch das »Molschder Forum« wurden nachbarschaftliche Strukturen belebt und hat sich ein Dialog zwischen älteren Menschen, Kindern und Familien entwickelt.

AWO als Mittlerin

Das Bürgernetzwerk fungiert auch als Impulsgeber für Institutionen, Kommunen und Verbände. Es hat sich in diesem Zusammenhang eine sehr gute stadtteil- und fachübergreifende Zusammenarbeit, vor allem mit der Kommune, entwickelt. Die Landeshauptstadt begleitet das Quartiersprojekt aktiv mit dem Amt für soziale Angelegenheiten, dem Seniorenbeirat, der Ganztagsgrundschule Rastpfuhl und dem Kultur- und Lesetreff; man trifft sich fortlaufend zur Projektentwicklung, Veranstaltungen werden gemeinsam geplant.

Miteinander statt nebeneinander

Die bisherige Projekterfahrung zeigt: Auch künftig sollte der Austausch zwischen verschiedenen Nationen und Kulturen gefördert werden. Unter Einbeziehung des Zuwanderungs- und Integrationsbüros der Landeshauptstadt Saarbrücken ist daher der Aufbau einer stetigen Informations- und Versorgungsstruktur im stationären und ambulanten Bereich geplant und wird durch die Projektförderung des Deutschen Hilfswerks nun möglich. Ebenso soll der Teilhabe- und Inklusionsgedanke im Stadtviertel »Molschd« so weiterentwickelt werden, dass sich die Lebensqualität für alle Bewohner*innen verbessert – unabhängig von Bildungsstand oder sozialem Status. ❤️

➔ AWO Landesverband Saarland, AWO-Pflege- und Betreuungsservice, Quartiersprojekt »Zu Hause in Molschd«, Susanne Hohlfeld-Heinrich, Leitung AWO-Quartiersmanagement, Johanna-Kirchner-Haus, Tel 0681/9910166, shohlfeld-heinrich@lvsaarland.awo.org

Ernst, aber nicht hoffnungslos

Die langjährigen Geschäftsführer der AWO-Kreisverbände Duisburg, Wolfgang Krause, und Düsseldorf, Michael Kipshagen, geben einen Einblick über die Herausforderungen für die Soziale Arbeit vor Ort.

INTERVIEW PETER KULEGA

Herr Krause, 2015 sagten Sie über die Stadt Duisburg: »Eine Stadt kann arm sein, aber eine Stadt sollte funktionieren.« Was meinten Sie da genau?

KRAUSE Generell ist die Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung nicht schlecht. Es fehlt mir jedoch eine gewisse Vertrauenskultur zwischen Stadtverwaltung und Wohlfahrtsverbänden, um gemeinsam – wenn auch aus unterschiedlichen Perspektiven – in die gleiche Richtung zu arbeiten. Die Stadt hat teilweise allerdings auch kein Personal mehr, um die Arbeit zu machen. Das muss man auch sagen.

Herr Kipshagen, wie ist die Lage in Düsseldorf?

KIPSHAGEN Düsseldorf wurde jahrelang als eine von wenigen schuldenfreien Städten in Deutschland dargestellt. Das hat zwar so nie gestimmt, wurde aber nach außen hin so verkauft. Aktuell steht auch Düsseldorf finanziell unter Druck. Das merken auch wir.

Zum Beispiel?

KIPSHAGEN Im Kita-Bereich soll die 45-Stunden-Betreuung reduziert werden, da dies die Kommunen viel Geld kostet. Derzeit wird mit den Trägern darüber verhandelt, um eine Reduktion der 45-Stunden-Betreuungen um 2,5 Prozent zu erreichen. Dies würde der Stadt Düsseldorf natürlich zu immensen Einsparungen verhelfen. Die Tagespflege wird ebenfalls auf den Prüfstand gestellt.

Wie ist die Lage in Duisburg?

KRAUSE Wir mussten in Duisburg schon immer mit sehr wenig Geld auskommen. Das hat bei der AWO in Duisburg dazu geführt, dass wir versuchen, bei der Finanzierung so wenig wie möglich auf städtische Mittel zu setzen. Mit Erfolg: Von unseren 44 Millionen Euro Jahresumsatz machen wir mit der Kommune höchstens noch fünf Millionen. Der Rest kommt über Pflegeentgelte und sonstige Leistungsentgelte. Ein Wort zur Kinderbetreuung: Diese ist in Düsseldorf für Kinder über drei Jahre kostenfrei. In einer armen Kommune wie Duisburg müssen die höchsten Beiträge für die Kindertageseinrichtungen von den Eltern bezahlt werden, weil das Landesgesetz dies so vorsieht und die Kommune mit ihren hohen Schulden kein eigenes Geld in dem Bereich investieren darf. Wir haben als AWO ja auch keine Kindertageseinrichtungen, weil wir uns bei dem hohen Eigenanteil das nicht leisten konnten.

KIPSHAGEN Das ist in Düsseldorf bei der AWO genauso. Wir haben jetzt 23 Kindertagesstätten. Wenn wir für die Kindertagesstätten Eigenmittel einsetzen müssten, könnte man das gar nicht bezahlen. Das würde in die Millionen gehen, wenn man sich die Gesamtfinanzierung anschaut. Die sogenannten »armen« Träger haben mit der Stadt Düsseldorf eine Sonderförderung vereinbart, die uns eine 100-Prozent-Förderung bis 2020 garantiert. Wir als AWO generieren keine Mittel, mit denen man große Eigenmittelsprünge machen kann.



MICHAEL KIPSHAGEN

Michael Kipshagen, geb. 1952, Sozialarbeiter sowie Kinder- und Jugendlichentherapeut. Seit 2008 Geschäftsführer der AWO Familien-globus gGmbH und seit 2011 Geschäftsführer der AWO Düsseldorf e.V.

➔ janca.riedemann@awo-duesseldorf.de

Spüren Sie beide den Fachkräftemangel in Ihren Arbeitsfeldern?

KRAUSE Ganz extrem. Vor allem in der Pflege, aber selbst im Verwaltungsbereich ist es schwierig, Stellen neu zu besetzen.

KIPSHAGEN In Düsseldorf haben wir vor allen Dingen im Bereich der Pflege Probleme. Wir schaffen es in einem Haus fast gar nicht mehr, die Pflegekraftquote zu erfüllen. Nicht, weil wir nicht wollen, sondern weil wir kein Personal bekommen. Das ist extrem. Im Kita-Bereich ist es auch schwierig, geeignetes Personal zu finden. Im Bereich der Hilfe zur Erziehung ebenso.

Was könnten Wege sein, um mehr Menschen für diese Jobs zu gewinnen?

KRAUSE Mit Blick auf die Pflege sage ich es einmal ganz deutlich: Wir sollten endlich aufhören, die Pflege schlechtzureden. Wenn ich wieder höre: Wir haben nicht genügend Personal; wir machen nur noch Satt- und Sauber-Pflege – und das von den eigenen Funktionären –, dann bekomme ich einen Wutanfall. Wer soll denn ernsthaft Menschen für die Pflege gewinnen, wenn es angeblich so schlimme Arbeitsbedingungen sein sollen? Wenn ich über die Etagen unserer Pflegeheime gehe, sehe ich, wie liebevoll unsere Mitarbeiter mit den Menschen umgehen. Und: Auch bei Mercedes oder anderswo ist nicht alles Gold, was glänzt. Und trotzdem höre



Die AWO fordert eine Politik für Kinder, die ein gesundes Aufwachsen und eine gleichberechtigte Teilhabe am Leben ermöglicht.

ich nirgendwo, dass die Mercedes-Mitarbeiter in der Öffentlichkeit sagen, was für ein Scheißbetrieb das ist.

KIPSHAGEN Ich sehe es auch so. Man soll es nicht schönreden, wo es nicht schön ist. Aber das Schlechtreden ist Teil des Problems. Es wird ja immer so getan, als wenn Pflege nur diejenigen machten, die sonst keine Arbeit bekämen. Dabei ist eine große Kompetenz erforderlich, um in den stationären Einrichtungen oder den ambulanten Wohnformen zu arbeiten. Wir brauchen Anreize, nicht nur finanzielle, sondern auch mit Blick auf Fort- und Weiterbildungen; ebenso flexible Arbeitszeitmodelle.

Wenn jeder von Ihnen einen größten nicht finanziellen Wunsch an seine Kommune hätte, was wäre das für einer?

KRAUSE Ich wünsche mir ein Gesicht für das Soziale. Das fordere ich seit vielen Jahren. Wir brauchen jemanden, der sagt: Ich stehe für die soziale Entwicklung in dieser Stadt.

Braucht Düsseldorf auch ein Gesicht?

KIPSHAGEN Nein. Unser Sozialdezernent ist schon okay. Ich hätte gerne, dass in der Stadt Düsseldorf der Bereich offene Ganztagschule, Schulsozialar-



WOLFGANG KRAUSE

Wolfgang Krause, geb. 1952, Ausbildung zum Bankkaufmann bei der Sparkasse Duisburg und Diplom-Ökonom. Seit Juli 1983 Geschäftsführer der AWO Duisburg e.V.

➔ muckensturm@awo-duisburg.de



Es ist wichtig, Begegnungen zwischen Geflüchteten und den Menschen vor Ort zu schaffen. Dies zu ermöglichen, ist eine zentrale Aufgabe für die zahlreichen Einrichtungen, Dienste und freiwillig Engagierten der AWO in Deutschland.

beit, dieser ganze Inklusionsbereich – Integrationshelfer, Schulassistenten – in einem Amt zusammengeführt wird. Es ist ein Riesenproblem für die fachliche Arbeit, wenn wir immer wieder mit verschiedenen Ämtern sprechen müssen. Ich würde es gerne in einen Zuständigkeitsbereich zusammengeführt sehen, um die Dinge fachlich nach vorne zu bringen.

Wie ist es um die generelle Engagementbereitschaft bei Ihnen vor Ort bestellt?

KIPSHAGEN Im Freiwilligenbereich haben wir in den letzten Jahren natürlich auch ein Stück weit von der Flüchtlingssituation »profitiert«. Wir hatten einen immensen Zulauf an Freiwilligen bekommen und haben inzwischen weit über 700 Ehrenamtliche. Ehrenamtliche sind jedoch heutzutage nicht mehr gleich Mitglieder. Früher war das ja häufig eine Art »Personalunion«. Heute haben wir quasi zwei Gruppen: die Mitglieder und die ehrenamtlich Engagierten. Die ehrenamtlich Engagierten werden nicht automatisch Mitglieder und die Mitglieder sind oft nicht mehr in der Lage, sich groß ehrenamtlich zu engagieren.

Es ist aber doch auch nicht schlimm, wenn sich jemand bei der AWO »nur« engagieren will, oder?

KIPSHAGEN Keine Frage! Wir werden niemanden drängen, Mitglied zu werden. Ich wollte nur auf die Entwicklung hinweisen.

Wie ist es um die Engagementbereitschaft für konkrete Ehrenämter bestellt?

KIPSHAGEN Unsere Vorstände treten oft altersbedingt zurück, und dann findet sich kein neuer. Das ist die Situation in Düsseldorf. Deswegen haben wir schon einige Ortsvereine zusammenlegen müssen.

KRAUSE Wir fahren seit über fünfzehn Jahren ein Konzept, gebündelt über eine hauptamtliche Stelle, Ehrenamtliche zu betreuen. Derzeit haben wir 700 Ehrenamtliche in unserem Kreisverband. Im Mitgliederbereich verzeichnen wir immer noch Zuwächse. Allerdings wissen wir nicht, wie lange das anhalten wird, denn unser Durchschnittsalter der Mitglieder ist 76 Jahre.

Ich gehe nach wie vor davon aus, dass die Zukunft im Bürgerschaftlichen Engagement liegt. Die Bereitschaft allerdings, sich für ein Amt zu engagieren, die geht zurück. Wir haben unseren Ortsvereinen schon fast alle administrativen Arbeiten abgenommen, da die Verwaltungsvorgaben immer anspruchsvoller werden.

Was ist der Hauptgrund, weshalb immer weniger Menschen Zeit und Lust haben auf Ehrenämter?

KIPSHAGEN Wir haben auch die ganzen administrativen Arbeiten für die Ortsvereine übernommen. Doch zu Ihrer Frage: Ich denke, die Gesellschaft hat sich gravierend verändert. Es ist nicht mehr so attraktiv, in Vereinen organisiert zu sein. Man kann vieles viel kurzfristiger und engagierter an bestimmten Stellen erledigen. Menschen denken heute in viel kürzeren Zeiträumen. Sich auf etwas festzulegen, nimmt ab. Diese Bindungsunfähigkeit halte ich für äußerst problematisch. Mit Blick auf die Ortsvereinsstrukturen müssen wir uns auf diese Kurzfristigkeit mit diesem punktuellen Engagement und der temporären Mitgliedschaftsbereitschaft einstellen und andere Formen finden.

Sehen Sie das auch so, Herr Krause?

KRAUSE Früher wie heute war man ehrenamtlich engagiert, weil man ein eigenes Interesse hatte. Ich finde das auch völlig in Ordnung. Fakt ist aber, dass generell die Bereitschaft nachlässt, sich überhaupt irgendwo zu engagieren. Man kann immer und überall und alles kündigen, muss sich immer weniger festlegen. Das ist der Zeitgeist, an dem wir so schnell nichts ändern können. ❤️

Unbürokratisch helfen



AWO-Präsidiumsmitglied Gerwin Stöcken plädiert im Interview mit der AWO Ansicht unter anderem dafür, dass Verbände wie die AWO ihre Verbandsstrukturen stärker als bisher auch für jene öffnen, die sich zeitlich begrenzt engagieren möchten.

INTERVIEW PETER KULEBA

1 Herr Stöcken, wie hat sich das Zusammenleben in Kiel seit der Fluchtbewegung im Sommer 2015 verändert?

Mit großer Anerkennung und auch Bewunderung nehme ich wahr, dass sich unheimlich viele Kielerinnen und Kieler für die Neubürger engagieren. Die Stadtgesellschaft ist zusammengedrückt. Gleichzeitig stellen wir aber auch fest, dass Menschen sich große Sorgen machen. Können wir das wirklich schaffen? Reichen die Ressourcen? Wie verändert sich unsere Nachbarschaft? Neben all dem Engagement der neuen Freiwilligen war es auch wichtig, Formate zu finden, wo diese Sorgen besprochen werden können.

2 Welche Rolle hat die AWO mit ihren Einrichtungen, Angeboten und Diensten spielen können?

Die Kieler AWO hat die Betreuung von Flüchtlingen und gemeinsam mit dem DRK die Verantwortung für eine Gemeinschaftsunterkunft übernommen. Ein AWO-Ortsverein hat Sprachpatenschaften übernommen und bietet heute in ganz Kiel eine neue Form der Begegnung von Menschen mit und ohne Fluchterfahrung an. Kita- und Schullotsen eines AWO-Kinderhauses begleiten Eltern, um einen guten Start ihrer Kinder im deutschen Bildungssystem zu finden. Die AWO, aber auch alle anderen Wohlfahrtsverbände, haben sich schnell geöffnet und ihre Angebote entsprechend ausgerichtet.

3 Jenseits der Fluchthematik: Wie kann und sollte sich die AWO generell für das soziale und demokratische Miteinander vor Ort besser einbringen?

Ich komme zurück auf den großen ehrenamtlichen Einsatz von Freiwilligen. Ich wünsche mir, dass die AWO und die anderen Verbände das Anliegen, schnell und unbürokratisch helfen zu können, aufgreifen und ihre Verbandsstrukturen für ein zeitlich begrenztes und an einer sozialen Frage orientiertes Engagement öffnen. Die zurückliegende Zeit zeigt: Auch Helfen will gelernt sein. Es ist wichtig, dass die bestehenden Strukturen den neuen Freiwilligen zur Seite stehen. Die Erfahrung eines Wohlfahrtsverbandes kann gut helfen, die eigenen Fähigkeiten einzuschätzen und Beratung und Begleitung zu erfahren. ❤️



GERWIN STÖCKEN

Gerwin Stöcken ist seit Frühjahr 2014 Stadtrat für Soziales, Wohnen, Gesundheit und Sport der Stadt Kiel. Ehrenamtlich engagiert er sich als Mitglied des Präsidiums des AWO Bundesverbandes und Vorstandsmitglied des AWO Landesverbandes Schleswig-Holstein.

Die Bedeutung der Kommunen für das Miteinander

Rolf G. Heinze plädiert dafür, dass die Kommunen ihren Gestaltungsauftrag wahrnehmen, um das Wohnen im Alter vor Ort im Sinne alter Menschen zu ermöglichen. Bund und Länder müssen finanzielle Unterstützung leisten.

AUTOR ROLF G. HEINZE

In allen europäischen Ländern gewinnt die lokale Ebene als Versorgungs- und Problembearbeitungsinstanz an Bedeutung. In den letzten Jahren gibt es zudem einen breiten Diskurs zu einem neuen Leitbild mit Blick auf das Wohnen im Alter. Je älter Menschen werden, desto wichtiger wird der Wunsch, so lange wie möglich selbstständig in den eigenen vier Wänden und der traditionellen Umgebung leben zu können. Im neuen Altenbericht der Bundesregierung wird explizit auf den Gestaltungsauftrag der Kommunen hingewiesen, allerdings können diesen viele Kommunen durch finanzielle Engpässe kaum noch realisieren. Dennoch liegen gerade auf lokaler Ebene die Kompetenzen, Quartiere und Wohnformen zu gestalten.

Wenn die Steuerungsressourcen zunehmend regional ungleich verteilt sind, stehen der Bund und die Länder in der Verpflichtung, den Kommunen Unterstützung zu leisten, um die Ausgestaltung der Daseinsvorsorge zu aktivieren. Denkbar wäre ein Daseinsvorsorgeprogramm (bspw. eine Gemeinschaftsaufgabe zur Bearbeitung des demografischen Wandels, verbunden mit einem kommunalen Basisbudget). Da kurzfristig jedoch nicht mit einer solch nachhaltigen Politik zu rechnen ist, muss die lokale Politik darauf hinwirken, neue strategische Allianzen und soziale Netzwerke zu fördern, in denen Sozialorganisationen, bürgerschaftlich



ROLF G. HEINZE

Prof. Dr. Rolf G. Heinze ist Leiter des Lehrstuhls für Allgemeine Soziologie, Arbeit und Wirtschaft an der Ruhr-Universität Bochum (RUB).

Engagierte und Familienangehörige Verantwortung für hilfebedürftige Menschen übernehmen. Zudem muss der sozialräumlichen Polarisierung durch sich ändernde Einkommensstrukturen einerseits und steigende Mietpreise andererseits durch geeignete Instrumente der Wohnungspolitik entgegen gewirkt werden.

Die sozialräumliche Fokussierung erfordert aber auch auf kommunaler Ebene eine ressortübergreifende Querschnittspolitik. Hier sind alle tangierten Organisationen aufgefordert, der in Deutschland ausgeprägten Gefahr des »Silodenkens« aktiv zu begegnen, um sowohl Doppelstrukturen zu vermeiden als auch neue Kooperationsformen mit Akteuren aus anderen Handlungsfeldern (etwa der Wohnungswirtschaft) aufzubauen. Benötigt wird dafür ein Schnittstellenmanagement, in dem die Kommune mit den zentralen Organisationen (im Bereich der Pflege etwa mit den sozialen Diensten, der Wohnungswirtschaft und den Pflegekassen) eine wichtige Moderations- und Koordinationsfunktion übernehmen könnte. Dabei sollten sowohl die traditionellen Nachbarschaften als auch die neu entstandenen Engagementformen mit einbezogen werden (ein erneuerter »Wohlfahrtsmix«). In diesem Kontext sind in den letzten Jahren viele Modellprogramme aufgelegt worden, allerdings bestehen weniger Wissens- denn Umsetzungsdefizite. Gefragt ist deshalb ein konsistenter Politikansatz, der ressort- und politikfeldübergreifend organisiert sein muss und die lokale Politik zu einem Labor für eine experimentell ausgerichtete Sozialpolitik macht. Die Stärken der traditionellen Wohlfahrtspolitik können genutzt werden, es müssen aber die bestehenden Fragmentierungen etwa in Kostenträger und Leistungen oder Prävention in Richtung einer integrierten Versorgung auf lokaler Ebene mit mehr Durchlässigkeit zwischen den Versorgungsformen überwunden werden. ❤️

IM NÄCHSTEN HEFT

Sicherheit im Alter

Heft 3-2017 diskutiert die Herausforderungen, um altersgerechte Wohn-, Umfeld- und Versorgungsstrukturen für die Zukunft sicherzustellen.

